

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Eftkreis

Verwaltung

Dr. Herbert Berger

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst

Frau Dr. Anne Bunte

Herr Johannes Feyrer

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Herr Stephan Neuhoff

Herr Bernd Rosenberger

Schriftführerin

Frau Evelyne Fuchsberger-Meyer

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold begrüßt alle Anwesenden zur 3. Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014.

Er bedankt sich bei den Vertretern der Freiwilligen Feuerwehr, Löschgruppe Brück, die für die Sitzung des Gesundheitsausschusses den Schulungsraum des Feuerwehrgerätehauses sowie Getränke zur Verfügung gestellt haben und erteilt dem Bereichssprecher Süd der Freiwilligen Feuerwehr, Herrn Simons, das Wort.

Dieser gibt einen kurzen Überblick über die Aktivitäten und über die Mitglieder der Löschgruppe Brück. Besonders hebt er den Einsatz der Jungfeuerwehrleute hervor. Die Mannschaft hoffe, dass in der heutigen Ausschusssitzung eine Entscheidung zur Sicherung des Standortes Hovenstraße fallen werde.

Danach weist der Ausschussvorsitzende auf die vor der Sitzung stattgefundenene Besichtigung der Feuerwache 1 hin. Die von der Verwaltung erstellten Eckdaten zur Historie der Atemschutzwerkstatt und zum Sanitätsmittellager sind als Anlage 1 und 2 beigefügt.

Herr Paetzold fragt die Ausschussmitglieder, ob es Einwände zu der von der Verwaltung vorgelegten erweiterten Tagesordnung gäbe.

SB Frau Houben bittet den Tagesordnungspunkt 5.4 – Fahrzeugbeschaffungen im Rahmen der Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes – in die nächste Sitzung zu schieben, da ihre Fraktion noch Beratungsbedarf habe.

Herr Stadtdirektor Kahlen begründet die Notwendigkeit, sich mit der Vorlage heute zu befassen. Sollte dies nicht der Fall sein biete er an, nachdem die Fragen der FDP-Fraktion geklärt seien, nächste Woche eine Dringlichkeitsentscheidung vorzulegen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold hält eine Dringlichkeitsentscheidung für keine gute Lösung und schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zunächst nicht zu vertagen und die Fragen bei der Behandlung der Vorlage an die Verwaltung zu richten.

SB Frau Houben ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Paetzold stellt lobend fest, dass außer der Dringlichkeitsentscheidung der Bezirksvertretung Kalk zu TOP 5.1 (Anlage 1) alle anderen Unterlagen zur erweiterten Tagesordnung zugestellt wurden.

Der Gesundheitsausschuss ist mit den von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergänzungen einverstanden und legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen
AN/0439/2010

3.1.1 Anfrage DIE LINKE. FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zum Thema Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen
0995/2010

3.2 Angebot der Aidsprävention
AN/0525/2010

3.3 Angebot der Kinder- und Jugendpsychiatrie
AN/0526/2010

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Beschlussvorlagen

5.1 Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für die Löschgruppe Brück der Freiwilligen Feuerwehr
hier: Planungsbeschluss
5337/2009

5.2 Beschaffung von 4.500 Kombinationsfiltern über einen 4 Jahres Rahmenvertrag
0036/2010

5.3 Ersatzbeschaffung der Software " VB Kompakt " und Einführung eines Dokumentenmanagements bei der Berufsfeuerwehr Köln
4875/2009

5.4 Fahrzeugbeschaffungen im Rahmen der Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes 2010
0801/2010

5.5 Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln
0633/2010

5.6 Ersatzbeschaffung eines Rettungswagens für die Berufsfeuerwehr Köln
0696/2010

6 Mitteilungen

6.1 Broschüre "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln - Gute Beispiele aus der Praxis"
0816/2010

6.2 Fachtagung "Traumatische Erfahrungen in der Lebensgeschichte alter Menschen - erkennen, verstehen, ...", 18. März 2010, 9.30 Uhr
0873/2010

6.3 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters zum Aufnehmenden Suchtclearing (ASC)
hier: Beantwortung der Anfrage von Frau Schlitt in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.01.2010
0877/2010

6.4 Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes (NiSchG NRW)
0350/2010

6.5 Auswirkungen nächtlichen Fluglärms auf die Gesundheit des Menschen (Gutachten des Epidemiologen Prof. Dr. E. Greiser)
1024/2010

6.6 Gesundheitsdezernentin und Kommunale Gesundheitskonferenz stellen der Öffentlichkeit eine neue Broschüre zum Thema Ess-Störungen vor
1029/2010

- 6.7 Kurzbericht zur Kampagne "Keine Kurzen für Kurze 2010" - Angebote zur Alkoholprävention und Gewaltprävention
1010/2010

7 Mündliche Anfragen

- 7.1 Geplante Verlegung des Notarzteinsatzfahrzeuges vom Stadtbezirk Kalk nach Deutz

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)

Es sind keine Personen anwesend, die verpflichtet werden müssen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Keine

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen AN/0439/2010

3.1.1 Anfrage DIE LINKE. FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zum Thema Schwangerschaftskonfliktbe- ratungsstellen 0995/2010

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

SE Frau Röhrig bedankt sich für die Ausführungen der Verwaltung. Sie werde bei Bedarf in der nächsten Sitzung Fragen stellen.

3.2 Angebot der Aidsprävention AN/0525/2010

Die Anfrage wird zur Sitzung des Gesundheitsausschusses am 27.04.2010 beantwortet.

RM Frau Gärtner hat aufgrund der umfangreichen Fragen nicht mit einer kurzfristigen Beantwortung gerechnet. Es wäre ausreichend, wenn die Beantwortung bis zur Sommerpause vorliegen würde. Sie lege jedoch großen Wert auf eine ausführliche Stellungnahme der Verwaltung. Hintergrund der Fragen seien die anstehenden Haushaltsplanberatungen. Ihre Fraktion habe mit einigen Trägervertretern mit jeweils unterschiedlichen Angeboten gesprochen. Dabei wären neue Projekte vorgestellt worden. Bei der derzeitigen Haushaltslage mache es deshalb Sinn zu prüfen, und vielleicht habe die Verwaltung bereits in diese Richtung gedacht, ob Angebote gebündelt werden könnten.

3.3 Angebot der Kinder- und Jugendpsychiatrie AN/0526/2010

Die Anfrage wird bis zur Sitzung des Gesundheitsausschusses am 27.04.2010 beantwortet.

RM Frau Gärtner merkt an, es handele sich hier um ein wichtiges Thema. Im Ausschuss müsse gemeinsam überlegt werden, welche weiteren Schritte zu unternehmen seien.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

5 Beschlussvorlagen

**5.1 Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für die Löschgruppe Brück der Freiwilligen Feuerwehr
hier: Planungsbeschluss
5337/2009**

RM Frau Gärtner ist sehr erfreut, dass die Vorlage heute zur Beschlussfassung auf der Tagesordnung stehe. Sie bittet die Verwaltung, den Ausschuss über den Stand des Grundstücksankaufs zu informieren.

Herr Stadtdirektor Kahlen teilt mit, er werde einige Details dazu im nicht öffentlichen Teil bekannt geben.

Beschluss:

1. Der Gesundheitsausschuss beauftragt die Verwaltung im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 GO, den Standort Hovenstraße 38 - 42 für den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses der Löschgruppe Brück zu entwickeln und mit der Planung des Feuerwehrgerätehauses mit geschätzten Gesamtkosten von 1.100.000 € (davon 80.000 € Planungskosten und 60.000 € Einrichtungskosten) zu beginnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2 Beschaffung von 4.500 Kombinationsfiltern über einen 4 Jahres Rahmenvertrag
0036/2010**

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss erkennt die Notwendigkeit der Beschaffung von 4.500 Kombinationsfiltern über einen 4 Jahres Rahmenvertrag an und beauftragt die Verwaltung, die Vergabe zur Durchführung der Maßnahme zu veranlassen.

Der Gesundheitsausschuss verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu tref-

fen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.3 Ersatzbeschaffung der Software " VB Kompakt " und Einführung eines Dokumentenmanagements bei der Berufsfeuerwehr Köln 4875/2009

RM Frau Gärtner möchte wissen, ob auch im Bauaufsichtsamt die Software neu beschafft werden muss, damit es kompatibel sei oder gelte diese Software nur für die Feuerwehr?

Herr Rosenberger erklärt, dass lediglich eine Software – Anwendung bei der Feuerwehr ersetzt werden soll. Die neue Software diene dazu, die Arbeitsabläufe im vorbeugenden Brandschutz zu organisieren, zu steuern und zu dokumentieren. Es entstehen Dokumente, die auch beim Bauaufsichtsamt weiter verarbeitet werden können.

SE Herr Eichmüller bemerkt, dass lediglich 113.000 Euro für die Ersatzbeschaffung veranschlagt seien, aber 285.000 Euro für eine neue Software. Die Kosten der Lizenzen verfünffachen sich im Gegensatz zur alten Software. Handelt es sich nicht nur um eine 1:1 Ersatzbeschaffung, sondern kommen auch noch Neubeschaffungen hinzu? Wie erklären sich die fünffachen Lizenzgebühren?

Herr Rosenberger erläutert, zunächst handele es sich um eine Ersatzbeschaffung. Aber immer dann, wenn die Verwaltung etwas ersetzen müsse, werde überlegt, wie Prozesse besser organisiert werden können. Mit dem neuen Programm solle eine Mehrfachdateneingabe bei aufeinanderfolgenden Teilprozessen vermieden werden. Gleichzeitig werden an anderen Stellen bei der Feuerwehr die im System enthaltenen Informationen ebenfalls benötigt, z.B. im Bereich der Einsatzplanung oder im Bereich der Brandmeldeeinrichtungen. So erkläre sich, dass die Berufsfeuerwehr in einer weiteren Phase zusätzliche Lizenzen erwerben wolle. Der Ausbau solle stufenweise erfolgen. Der erste Schritt sei die Ersatzbeschaffung, weil dort der Bedarf am dringendsten sei. Da der weitere Bedarf bekannt sei, sei es erforderlich, in der Beschlussvorlage den Gesamtbedarf darzustellen.

Für SE Herrn Eichmüller stelle sich trotzdem die Frage, ob in der aktuellen Haushaltsituation eine viertel Million Euros notwendig seien oder ob erst nur die Ersatzbeschaffungen erfolgen und die Investitionen bis zu einer konsolidierten Haushaltslage verschoben werden.

Herr Rosenberger antwortet, die Beschaffung erstrecke sich über einen längeren Zeitraum, die weiteren Lizenzen werden erst dann beschafft, wenn sie tatsächlich benötigt werden.

SE Herr Eichmüller möchte zusätzlich wissen, ob bei der neuen Vertragsgestaltung daran gedacht werde, Versicherungen einzubauen, damit bei einem Konkurs eine Absicherung bestehe.

Herr Rosenberger gibt zu verstehen, es werde diesmal ein Standardprodukt erworben, das von größeren leistungsfähigeren Firmen angeboten werde. Dadurch sei eine höhere Sicherheit gegeben.

Eine Versicherung für den Fall eines Konkurses abzuschließen sei nicht geplant. Sie könne bei aufwändigen Entwicklungsprojekten sinnvoll sein. Im vorliegenden Fall solle jedoch ein fertiges Produkt erworben werden. Es stelle sich immer die Frage nach dem Nutzen bei sicherlich hohen Versicherungsprämien. Genaue Angaben zu den Versicherungsprämien könne er nicht machen.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss erkennt die Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung einer Software für „VB Kompakt“ und die Einführung eines Dokumentenmanagements bei der Berufsfeuerwehr an und beauftragt die Verwaltung, die Vergabe zur Durchführung der Maßnahme zu veranlassen.

Der Gesundheitsausschuss verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.4 Fahrzeugbeschaffungen im Rahmen der Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes 2010 0801/2010

SE Herr Gaida bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. In der Vorlage sei ein Rettungswagen für den Interhospitaltransport u.a. intensivpflichtiger Patienten angegeben. Im Rettungsdienstbedarfsplan habe er jedoch keine Daten dazu gefunden. Er könne sich nicht vorstellen, dass in einer Millionenstadt ein Fahrzeug ausreiche. Ihn interessiere daher die Zahl der Intensivtransporte.
2. Die Vorlage beinhaltet außerdem einen Krankentransportwagen, obwohl in Köln der gesamte Krankentransport an Hilfsorganisationen delegiert wurde. Warum benötigt die Feuerwehr ein derartiges Fahrzeug?
3. Insgesamt erscheinen ihm die Preise der Fahrzeuge recht hoch. Wurde von den relevanten Anbietern Vergleichspreise eingeholt?

RM Herr Dr. Strahl möchte im Zusammenhang mit schwergewichtigen Patienten wissen, ob normale Fahrzeuge entsprechend umgerüstet werden könnten.

Bei dem Transport infektiöser Patienten bestehen sicherlich besondere Anforderungen hinsichtlich der Durchführbarkeit von Sterilisationsmaßnahmen.

SB Frau Houben fragt nach, ob es Kooperationen mit anderen Kommunen für den Transport schwergewichtiger und hochinfektiöser Patienten gäbe, um Kosten zu reduzieren.

RM Herrn Peil fiel auf, dass in der Vorlage ein Rettungswagen für den Transport psychisch kranker Personen aufgeführt sei. In der Bedarfsprüfungsaufstellung des Rechnungsprüfungsamtes würde diese Angabe jedoch fehlen. Bedeute dies, dass dieses Fahrzeug vom Ausschuss nicht mit beschlossen werde oder habe dieser Teil die Bedarfsprüfung nicht positiv passiert?

Außerdem möchte er wissen, was man unter einem Spezialfahrzeug für psychisch kranke Patienten verstehe.

Herr Neuhoff nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung:

Bei den Intensivtransporten erfolgen pro Tag bis zu 28 Verlegungen zu anderen Krankenhäusern. Durch die Spezialisierung der Kliniken komme es vor, dass Beatmungspatienten von Köln z.B. ins Sauerland verlegt werden.

Der Zustand der Patienten sei sehr unterschiedlich. Es kann sich um eine normale Verlegung zu einer anderen Klinik handeln oder um eine Verlegung mit Arztbegleitung. Dafür reiche der normale Rettungswagen aus.

Der hier angesprochene Rettungswagen sei für Patienten im hochkritischen Zustand gedacht. Er habe einen höheren Bedarf an medizinischen Geräten. Bis auf weiteres reiche dieses eine Fahrzeug aus.

Für die Zwangseinweisungen von psychisch kranken Personen sei der Krankentransportwagen gedacht. Dieses Fahrzeug sei ein Mittelding zwischen einem Krankentransportwagen und einem normalen Rettungswagen und müsse auch das Fixieren der Personen ermöglichen. Dieser Personenkreis sei ein zunehmendes Problem. Pro Jahr gäbe es 2.300 Zwangseinweisungen in Köln.

Der Innenraum des Rettungswagens für den Transport hochinfektiöser Patienten sei so ausgestattet, dass er problemlos desinfiziert werden könne.

Beim Transport von schwergewichtigen Personen komme eine Lawine auf die Stadt zu. Die Zahl übergewichtiger Menschen sei weltweit erschreckend. Die Feuerwehr habe bereits Personen bis zu 300 kg transportiert. Dies sei mit einem normalen Fahrzeug nicht leistbar.

Zur interkommunalen Zusammenarbeit sei zu sagen, dass die Krankenkassen aus Kostengründen eine derartige Zusammenarbeit erwarten. Herr Neuhoff gehe davon aus, dass das neue Rettungsdienstgesetz nach der Landtagswahl novelliert werde und dort eine derartige Kooperation vorgesehen sei. Es werde hier zu Trägergemeinschaften wie bei den Rettungshubschraubern im Bereich schwergewichtiger und infektiöser Patienten kommen.

Bei den Anschaffungskosten handele es sich um Schätzpreise auf der Basis derzeitiger Marktpreise. Durch die Beschlussfassung der Vorlage werde die Berufsfeuerwehr in die Lage versetzt, die Ausschreibung zu veranlassen.

Ausschussvorsitzender Herr Paetzold schlägt vor, die Verwaltungsvorlage mit der Alternative zu beschließen, so würde die Vergabe dem Gesundheitsausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden.

SB Frau Houben ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bringt die Beschlussvorlage mit der Alternative zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss erkennt die Notwendigkeit für die Beschaffung von zusätzlichen Fahrzeugen für den Rettungsdienst Köln im Rahmen der Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes an und beauftragt die Verwaltung, die Vergabe zur Durchführung der Maßnahmen zu veranlassen.

Der Gesundheitsausschuss behält sich die Vergabeentscheidung vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.5 Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln 0633/2010

SE Herr Gaida bemerkt, dass bei der Rettungsdienstgebührensatzung, die Fahrzeuge (Spezialfälle), die neu beschafft werden sollen, offensichtlich dort keine Berücksichtigung gefunden haben. Das bedeute für ihn, diese Fahrzeuge werden mit dem normalen RTW-Gebührensatz abgerechnet.

Herr Rosenberger erläutert, die Kosten sind als Durchschnittskosten mit eingerechnet. Diese Vorgehensweise war eine Forderung der Krankenkassen.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.
2. Der Rat nimmt zustimmend Kenntnis von der als Anlage 2 beigefügten Gebührenbedarfsberechnung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.6 Ersatzbeschaffung eines Rettungswagens für die Berufsfeuerwehr Köln
0696/2010**

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss ist mit der Ersatzbeschaffung des Rettungswagens K-27251 einverstanden.

Der Gesundheitsausschuss verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Mitteilungen

**6.1 Broschüre "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln - Gute Beispiele aus der Praxis"
0816/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**6.2 Fachtagung "Traumatische Erfahrungen in der Lebensgeschichte alter Menschen - erkennen, verstehen, ...", 18. März 2010, 9.30 Uhr
0873/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Ausschussvorsitzender RM Herr Paetzold bedankt sich bei Verwaltung für die Durchführung dieser Fachtagung, die er für interessant und wichtig halte, da dieses Thema bisher wenig Beachtung gefunden habe.

**6.3 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters zum Aufnehmenden Suchtclearing (ASC)
hier: Beantwortung der Anfrage von Frau Schlitt in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.01.2010
0877/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**6.4 Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes (NiSchG NRW)
0350/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Stadtdirektor Kahlen ergänzt, die Ordnungsverwaltung werde zusammen mit den Initiatoren für einen effizienten Nichtraucherschutz in Köln in den nächsten Wochen Kontrollen durchführen. Anhand einer von den Initiatoren vorgehenden Liste werden Restaurants und Kneipen aufgesucht. Dabei sollen eindeutige Gastronomenverstöße festgestellt und den Initiatoren die Schwächen des Gesetzes aufgezeigt werden.

Die Ausschussmitglieder diskutieren danach kurz über das zurzeit geltende Nichtraucherschutzgesetz der Landesregierung NRW.

**6.5 Auswirkungen nächtlichen Fluglärms auf die Gesundheit des Menschen
(Gutachten des Epidemiologen Prof. Dr. E. Greiser)
1024/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Beigeordnete Bredehorst macht darauf aufmerksam, dass seit dem 01.03.2010 Herr Professor Dr. Wiesmüller die Leitung der Abteilung Infektions- und Umwelthygiene im Gesundheitsamt übernommen habe. In der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses werde er sich vorstellen. Herr Professor Wiesmüller beschäftige sich derzeit eingehend mit den verschiedenen Gutachten, die es zum nächtlichen Fluglärm gäbe.

Sie erinnert daran, dass Herr Professor Greiser bereits im Oktober 2007 im damaligen Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün seine 1. Studie vorgestellt habe. Die Verwaltung plane derzeit, eine gemeinsame Sondersitzung des Gesundheitsausschusses und des Ausschusses Umwelt und Grün zu diesem Thema durchzuführen.

Die Ausschussmitglieder sind mit dieser gemeinsamen Sitzung einverstanden.

6.6 Gesundheitsdezernentin und Kommunale Gesundheitskonferenz stellen der Öffentlichkeit eine neue Broschüre zum Thema Ess-Störungen vor 1029/2010

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold macht darauf aufmerksam, dass die Broschüre den Ausschussmitgliedern leider nicht vorläge. Die Verwaltung bittet, dieses zu entschuldigen. Sie werde den Versand umgehend nachholen. Nach Auffassung von Herrn Paetzold kann das Heft der Niederschrift beigelegt werden.

RM Frau Schmerbach lobt die Broschüre und bittet darum, sie mit einem entsprechenden Anschreiben direkt an Multiplikatoren wie z.B. Bürger-, Familien- und Jugendzentren zu versenden.

Frau Beigeordnete Bredehorst teilt mit, dass die Informationsschrift sozialen Institutionen zugegangen sei. Die Verwaltung werde klären, ob auch die Bürgerzentren beim Versand berücksichtigt wurden.

Das Zustandekommen dieser Broschüre ist für die Beigeordnete ein Ausdruck guter Zusammenarbeit innerhalb der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK). Den Arbeitskreis Essstörungen gäbe es schon vor der Gründung der KGK, habe sich aber dann der KGK angeschlossen. Dies sei ein hervorragendes Beispiel einer Zusammenarbeit von unterschiedlichen Institutionen, die alle an dem Thema sehr interessiert seien.

RM Herr Paetzold findet die Tatsache bemerkenswert, dass die Familie-Ernst-Wendt-Stiftung diese Broschüre finanziert habe. Er bittet, der Familie den Dank des Gesundheitsausschusses für diese Unterstützung weiterzugeben.

6.7 Kurzbericht zur Kampagne "Keine Kurzen für Kurze 2010" - Angebote zur Alkoholprävention und Gewaltprävention 1010/2010

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Frau Schmerbach fragt nach, ob der Verwaltung bekannt sei, dass es auch in den Stadtbezirken zu Auffälligkeiten wie in der Innenstadt käme.

Frau Beigeordnete Bredehorst teilt mit, die Anfrage werde an die Jugendverwaltung weitergeleitet.

Herr Dr. Berger weist auf die begrenzte Anzahl von Einsatzkräften bei der Aktion hin. Insgesamt sei diese Kampagne und die Aktion „Spaß ohne Glas“ in Bezug auf Gewaltvermeidung ein Erfolg gewesen. Der Einsatz von allen Akteuren war immens.

Außerdem berichtet er über geplante frühzeitige kurzfristige Interventionen, um langfristige Hilfsmaßnahmen zu vermeiden. Wegen der Finanzierung eines solchen Hilfeangebotes würden derzeit Gespräche mit den Krankenkassen geführt.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold dankt dem Einsatzpersonal der beiden Kampagnen für das große Engagement.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Geplante Verlegung des Notarzteinsatzfahrzeuges vom Stadtbezirk Kalk nach Deutz

RM Frau Gärtner bezieht sich auf einen Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 10.12.2009, wonach die Verwaltung prüfen sollte, ob das Notarzteinsatzfahrzeug statt in der Feuerwache Deutz in der Feuerwache Ostheim stationiert werden könne. Sie bittet um Mitteilung des derzeitigen Sachstandes.

Herr Rosenberger erläutert, nach Abschluss der zurzeit andauernden Zeitmessungen (ca. 2 Monate) werde der Ausschuss umgehend informiert.

Frau Gärtner bittet, die Stellungnahme der Verwaltung auch der Bezirksvertretung Kalk vorzulegen.

Paetzold

Fuchsberger-Meyer

(Ausschussvorsitzender)

(Schriftführerin)